



HESSISCHER LANDTAG

26. 05. 2015

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Bildungsgipfel bietet Chance für langfristige Planungssicherheit im Interesse unserer Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung zu Beginn der Legislaturperiode die Fraktionen des Landtags, die bildungspolitischen Verbände sowie Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Unternehmern und Wissenschaft zum Bildungsgipfel eingeladen hat mit dem Ziel, eine langfristige Verständigung über die Grundzüge der Bildungspolitik in Hessen zu erreichen. Der Landtag sieht darin eine Chance, einige der jahrzehntelang teilweise sehr kontrovers geführten Debatten weiter zu versachlichen und den Schulen Planungssicherheit über den Zeitraum einer Legislaturperiode hinaus zu geben.
2. Der Landtag stellt fest, dass sich in den Bereichen Lehrerbildung, berufliche Bildung und Schulentwicklungsplanung nach derzeitigem Beratungsstand beim Bildungsgipfel erste gute Ergebnisse abzeichnen. Mit dem Bündnis für Ausbildung ist eine separate Vereinbarung, die auch auf der Arbeit im Bildungsgipfel basierte, bereits in der Umsetzung. Die Bündnispartner haben sich darauf verständigt, dass künftig kein Jugendlicher mehr ohne Ausbildung bleiben soll.
3. Andere Themenbereiche des Bildungsgipfels, insbesondere das Ganztagsschulprogramm, die Schulstruktur und Inklusion, werden - wie auch nicht anders zu erwarten - kontrovers diskutiert. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bildungsgipfels müssen sich entscheiden, ob sie die aus der Vergangenheit bekannten Kontroversen und das ständige Hin und Her in der Bildungspolitik weiter fortsetzen wollen oder ob sie Möglichkeiten zu Kompromissen und einer Verständigung sehen.
4. Der Landtag appelliert an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gipfels, sich im Interesse der Schulen zu bewegen. Er begrüßt, dass aus dem Teilnehmerkreis des Bildungsgipfels bereits einige Kompromissvorschläge gemacht wurden und auch die Landesregierung verdeutlicht hat, dass sie zu Vereinbarungen weit über das bislang vereinbarte Regierungsprogramm hinaus bereit ist. Dabei ist das Angebot, künftig neben dem Pakt für den Nachmittag auch gebundene, rhythmisierte Ganztagschulen (Profil 3) verstärkt zu genehmigen, ebenso zu erwähnen wie das Aufgreifen des von der Landesschülervertretung entwickelten Schulstrukturmodells. Im Bereich der Bildungs- und Chancengerechtigkeit hat die Landesregierung mit der Ausweitung der Stellen für das Ganztagschulprogramm, die Lehrerzuweisung nach Sozialindex, Inklusion und die Deutschförderung für Zuwanderer und Flüchtlinge die Bedeutung dieses Themas und ihr Eintreten dafür unterstrichen. In diesen Bereichen wird innerhalb der Schuljahre 2014/15 und 2015/16 die Lehrerversorgung um rund 1000 Stellen aufgestockt.
5. Der Landtag weist darauf hin, dass die Schulen in Hessen mit einer Lehrerzuweisung von durchschnittlich 105 % und der Zusage, trotz zurückgehender Schülerzahlen keine Lehrerstellen zu streichen, sondern sie stattdessen für Qualitätsverbesserung zu verwenden, über eine bundesweit beispielhafte Ausstattung verfügen. Gleichzeitig sieht der Landtag, dass die Wünsche und Forderungen nach einer noch besseren Ausstattung nahezu unbegrenzt sind. Es wird daher auf Basis der grundsätzlichen Vereinbarung des Bildungsgipfels Aufgabe der Politik bleiben zu entscheiden, welche Ressourcen in welcher Geschwindigkeit für welche Prioritäten verwendet werden. Der Ruf nach mehr Geld für alles ist ebenso einfach, wie er ohne konkrete und seriöse Finanzierung kein einziges reales Problem löst.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 26. Mai 2015

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)